

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Eine Diskussion, wie die Vermachtung der Wirtschaft überwunden werden kann, fordert **Hans Martin Bury** **MdB**.

Seite 1

Anforderungen an die EG-Agrarpolitik formuliert **WIMI Görlach** **MdEP**.

Seite 2

Die verfassungswidrige Besteuerung endlich zu beenden, verlangt **Joachim Poß** **MdB**.

Seite 4

48. Jahrgang / 109

10. Juni 1994

Die Vermachtung der Wirtschaft überwinden
Aus der Standort-Debatte muß eine Wertschöpfungsdebatte werden

Von Hans Martin Bury MdB

Die Standort-Diskussion in Deutschland (und, was hier selten beachtet wird, ebenso in anderen Industriestaaten) konzentriert sich auf Faktorkosten, Steuern, Infrastruktur. Und diese Debatte wird instrumentalisiert, um Gruppeninteressen unter dem Standort-Etikett Akzeptanz und Durchsetzungschancen zu verschaffen.

Die strukturellen Schwierigkeiten, die sich in der Innovationskrise manifestieren, werden durch den Strukturkonservatismus einer community angestellter Unternehmer geschaffen und gefördert. Ein Herrenclub nur mittelfristig orientierter Manager kontrolliert die Kartengesellschaften des deutschen Finanzsektors und die meisten börsennotierten Großunternehmen. In den wechselseitig verflochtenen Unternehmen findet ein Wettbewerb um Führungspositionen kaum mehr statt. Die Unternehmensverwaltungen haben sich vor Kontrolle durch die Eigentümer und Haftung für Fehler fast vollständig abgeschirmt. Überkreuz- und Ringverflechtungen, Aufsichtsratsmandate und das Depotstimmrecht der Banken sichern den Einfluß der Community - zu Lasten des Wettbewerbs, zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher.

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Wirtschaftsrechts für mehr Transparenz und Wettbewerb (Drucksache 12/7350) gibt die SPD der eintönigen Standort-Debatte eine interessante Wendung. Wir wollen strukturelle Innovationshindernisse in der deutschen Wirtschaft beseitigen, Wettbewerb, Transparenz und Kontrolle erhöhen. Die umfassende Novellierung sieht Änderungen in sieben Einzelgesetzen vor, wodurch insgesamt die Reduzierung von Einflußkumulation und die Beseitigung von Wettbewerbsbeschränkungen erreicht wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Durch das Aufbrechen verkrusteter Strukturen wird aus der vorgeschobenen Standort-Debatte, die überwiegend eine Verteilungs-Diskussion kaschierte, eine Wertschöpfungs-Debatte, die wir dringend brauchen. Statt bestehende Strukturen durch die Abwehr des Markteintritts von Wettbewerbern länger als sinnvoll aufrechtzuerhalten, muß die Sicherung zukünftiger Wettbewerbschancen gefördert werden. Die von der Bundesregierung "geschaffenen oder geduldeten Monopole und Kartelle" (vergleiche Frühjahrsgutachten der sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, vorgelegt am 21. April 1994) behindern zum Beispiel den erforderlichen ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft. Zugunsten einer Ergebnismaximierung in wenigen Großunternehmen werden Produkt-, Struktur- und Marktchancen vergeben, werden knappe Umweltgüter verbraucht oder zerstört.

Wenn die (Markt-)Wirtschaftsordnung tatsächlich der optimalen Bedürfnisbefriedigung der Menschen - auch anderswo und in Zukunft - dienen soll, bedarf sie neben staatlicher Zielvorgaben und entsprechender Rahmenbedingungen auch der Wiederherstellung ihrer Funktionsfähigkeit. Das setzt voraus, daß die Vermachtung der deutschen Wirtschaft überwunden wird, strukturelle Hindernisse für Innovation und Wettbewerb beseitigt werden.

(-/10. Juni 1994/rs/ks)

Anforderungen an die EG-Agrarpolitik Die Weichen auf Ökologie umstellen

Von Willi Görlach MdEP

Die EG-Agrarpolitik hat zwei ihrer Ziele erreicht, nämlich

- die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft und
- die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Sie hat aber gleichzeitig eine Reihe negativer Folgewirkungen hervorgebracht:

1. eine hohe Überschußproduktion, bei Milch und Getreide beträgt die Produktion zum Beispiel 120 Prozent des Bedarfs
2. enorme Umweltbelastungen, die durch Intensivbewirtschaft entstehen: hoher Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger, dadurch Ausrottung vieler Pflanzen- und Tierarten, Belastung des Grundwassers, ausgeräumte Landschaften et cetera
3. genommene und mehr und mehr industriell erzeugte Lebensmittel
4. Explosion der EG-Agrarkosten, die jedoch nur zum geringen Teil (circa 20 Prozent) bei den Bauern selbst ankommen, zum größten Teil dagegen für die Lagerhaltung Export subventionieren, industrielle Verwertung und so weiter ausgegeben werden
5. drastische Reduzierung der landwirtschaftlichen Vertriebe und dadurch Verlust von Millionen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Der Vorteil der EG-Agrarreform liegt vor allem darin, daß mit diesem System und mit dieser Logik erstmals gebrochen wurde. Von nun an sollen zumindest wesentliche Teile des EU-Agrarhaushaltes bei den Landwirten direkt ankommen.

Schwachstellen der Reform

Die in der Landwirtschaft herrschenden ökologischen Probleme werden allerdings nur ungenügend berücksichtigt. Die Mengenreduzierung soll nicht über die Extensivierung der Produktion erzielt werden, sondern mit dem Mittel der Flächenstilllegung. Die intensive Produktion bleibt somit weiterhin die dominierende Produktionsform. Das muß sich ändern.

Forderungen:

- 1) Innerhalb des EU-Agrarhaushaltes müssen noch erhebliche Umschichtungen vorgenommen werden. In Zukunft müssen die finanziellen Mittel anstelle der Überschubbesetzung zur Unterstützung umweltfreundlicher Maßnahmen verwendet werden. Davon wäre vor allem das System der Exporterstattungen betroffen, denn allein bei Getreide werden circa 50 Prozent der Ausgaben, das heißt rund sieben Milliarden DM, nur für die Exporterstattungen ausgegeben. Diese Mittel sollten wir besser für eine ökologisch sinnvolle Landbewirtschaftung anlegen.
- 2) Solange es eine Überproduktion gibt, ist die Stabilisierung der Einkommen über die Produktion äußerst schwierig. Mit Hilfe der Einkommensübertragungen können zumindest teilweise die Einkommen gesichert werden. Jedoch sollte das System der Einkommensübertragungen stärker mit Kriterien des Umweltschutzes verschränkt werden. Dabei stellen die im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik erlassenen umweltpolitisch flankierenden Maßnahmen einen geeigneten Ansatz dar.
- 3) Der Umweltschutz muß auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche ausgedehnt werden. Die SPD fordert deshalb schon seit Jahren die extensive Flächenbewirtschaftung. Bei der Flächenstilllegung besteht die Gefahr, daß auf den noch bewirtschafteten Flächen umso intensiver und umweltschädlicher produziert wird.
- 4) Die Qualitätsstandards für Lebensmittel bestimmen die landwirtschaftliche Produktion maßgeblich. Wenn die EU-Lebensmittelstandards möglichst rückstandsfreie Lebensmittel zum Ziel haben, hat dies für die Landwirte zur Konsequenz, daß sie auf umweltfreundliche Produktionsmethoden umstellen müssen. Begleitend dazu, muß dem Einsatz von produktionssteigernden Mitteln wie Stickstoff und Pestizide Schranken gesetzt werden. Nicht zuletzt ist die Verbraucheraufklärung notwendig. Mehr mehr gesunde, rückstandsfreie Nahrungsmittel nachgefragt werden, um so mehr wird davon produziert.
- 5) In Zukunft muß die Agrarpolitik verstärkt betriebliche Kooperationsformen und Strukturen der Direktvermarktung fördern, damit können sich für die Landwirtschaft neue Chancen und Marktzugänge ergeben.
- 6) Die SPD versteht unter Agrarpolitik vor allem eine Politik des ländlichen Raumes. Der ländliche Raum braucht vielfältige strukturelle Hilfe. Dabei spielt die Landwirtschaft eine gewichtige ökonomische und ökologische Rolle. Jedoch müssen wir in den ländlichen Räumen noch anderweitige Strukturen schaffen oder aufrechterhalten, die die vorhandenen Ressourcen von Regionen und Bevölkerung besser nutzen. So können wir den Menschen dort eine ökonomische und soziale Perspektive geben.
- 7) Innerhalb der EG gibt es eine vielseitige strukturierte Landwirtschaft. Eine effektive Politik für den ländlichen Raum muß den Mitgliedsländern sowie Freiheiten lassen, so daß sie auf die in den einzelnen Regionen vorherrschenden Besonderheiten adäquat eingehen können. Dazu müssen den Regionen insgesamt von der EU mehr Rechte eingeräumt werden. Dies heißt nicht, daß es zu einer Nationalisierung der europäischen Agrarpolitik kommen soll, sondern zu einer Regionalisierung beruhend auf dem Prinzip der Subsidiarität.

Die SPD will der Landwirtschaft in Europa wieder neue Perspektiven geben. Sie will verhindern,

- daß die Produktion sich auf wenige privilegierte Standorte konzentriert,
- daß noch größere Arbeitsplatzverluste eintreten,
- daß die Kulturlandschaft verodet und große Landstriche der Brache anheimfallen.

Deshalb tritt die SPD für eine flächendeckende extensive Landwirtschaft in Europa ein und für eine stärkere Regionalisierung. Damit werden zugleich die Weichen für eine ökologisch orientierte Agrarpolitik gestellt.

(-/10. Juni 1994/rs/ks)

Verfassungswidrige Besteuerung endlich beenden
Der Bundesfinanzminister darf sich nicht länger um die Karlsruher Vorgaben drücken

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Wochen macht sich der Bundesfinanzminister Gedanken über die steuerpolitischen Wünsche seines Koalitionspartners FDP und schert sich nicht um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Senkung der Unternehmenssteuern und der Spitzensätze bei der Einkommensteuer sind Waigels Hauptanliegen. Daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 25. September 1992 die geltenden Grundfreibeträge "für verfassungswidrig erkannt hat", darum will er sich vor den Wahlen nicht mehr kümmern. Weil dies für seinen Haushalt zu teuer sei, will er die verfassungswidrigen Grundfreibeträge erst in Stufen in den Jahren nach 1996 neu regeln. Haushaltsmäßige Vorsorge hat der Bundesfinanzminister aber selbst dafür mit keiner Mark getroffen.

Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an den Bundesfinanzminister ist seit September 1992 eindeutig. Das Bundesverfassungsgericht stellt fest:

"Bis zu einer Neuregelung bleiben die für verfassungswidrig erkannten Regelungen weiter anwendbar. Der Gesetzgeber ist jedoch verpflichtet, mit Wirkung vom Veranlagungszeitraum 1996 an die verfassungswidrige durch eine verfassungsgemäße Regelung zu ersetzen. Diese Frist ermöglicht es ihm, ...die haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen der gebotenen Neuregelung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung (zu) berücksichtigen."

Diesem Hinweis, die finanziellen Auswirkungen in dem mittelfristigen Finanzplan zu berücksichtigen, ist der Bundesfinanzminister seit 1992 nicht nachgekommen. Ich fordere den Bundesfinanzminister auf, hier endlich Klarheit und Sicherheit für die Bürger und die öffentlichen Haushalte bis zum Beginn der Sommerpause zu schaffen!

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundesfinanzminister außerdem konkrete Hinweise auf die Gestaltung des Einkommensteuertarifs zur Berücksichtigung eines höheren Grundfreibetrags gegeben:

"Der Gesetzgeber (könnte) den Tarifverlauf so gestalten, daß die Entlastungswirkung eines ausreichenden Grundfreibetrages bei höheren Einkommen in der progressiv ansteigenden Steuerbelastung schrittweise aufgeht."

Dies heißt, daß der Grundfreibetrag nur für die unteren Einkommen voll wirksam wird und bei höheren Einkommen in den bestehenden Progressionstarif aufgeht. Die Höhe der haushaltsmäßigen Belastung bei einer verfassungsgemäßen Neuregelung ab 1. Januar 1996 ist also abhängig davon, wie weit oberhalb des Existenzminimums noch eine steuerliche Entlastung beziehungsweise eine Belastung bei höheren Einkommen erfolgt. Offensichtlich sind der FDP diese Auswirkungen auf ihre Wähler nicht unbekannt. Wie versteckt aber diese Zusammenhänge von der FDP "verkündet" werden, ergibt sich aus den Äußerungen ihres Fraktionsvorsitzenden Solms vom 9. Juni 1994: "Es gibt Modelle, in denen durch eine Neugestaltung der Steuertarife eine haushaltspolitisch erträgliche Lösung möglich ist."

Die Behandlung einer so gewichtigen steuerpolitischen Weichenstellung in der Öffentlichkeit durch Waigel und Solms zeigt, daß diese Koalition ihre Politik ausschließlich an den kommenden Wahlterminen ausrichtet.

(/10. Juni 1994/rs/ks)
